

# ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

ADRESSE Postfach 33 04 47, 28334 Bremen TEL 069.26 02 49 50 FAX 069.43 05 17 64  
E-MAIL memorandum@t-online.de INTERNET www.alternative-wirtschaftspolitik.de  
KONTOVERBINDUNG Postbank Hamburg, BLZ 20010020, Kontonummer 100011203

## Presseauswertung

### SONDERMEMORANDUM 2011

Euroland in der Krise

Ein Sieben-Punkte-Programm zur Wirtschafts- und Währungsunion

#### **Print und online (s. auch die folgenden Seiten):**

- Frankfurter Rundschau vom 22.2.2011
- Süddeutsche Zeitung vom 23.2.2011
- Der Tagesspiegel vom 23.2.2011
- taz vom 23.2.2011
- Nordwest-Zeitung vom 23.2.2011
- Der Standard (Österreich) vom 22.2.2011

#### **Nur Print:**

- Neues Deutschland vom 23.2.2011
- Weser Kurier vom 23.2.2011
- Bremer Nachrichten vom 23.2.2011
- Stuttgarter Nachrichten vom 23.2.2011
  
- Handesblatt vom 21.2.2011  
Im Handelsblatt wurde in Form eines Vorabdrucks das komplette Sieben-Punkte-Programm in der Print-Ausgabe veröffentlicht.

#### **Nur online:**

- Dow Jones Deutschland vom 22.2.2011
- Hinweise in diversen „Wirtschaftstickern“, Blogs usw.

Außerdem Berichte in NDR und MDR **Hörfunk**

Antwort des Verbände-Forum auf die Vorschläge der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: s. Ende der Presseauswertung

---

# ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

**Frankfurter Rundschau** vom 22.2.2011

Für eine expansive Finanzpolitik  
Von Mario Müller

Um Euroland aus der Krise zu führen, ist ein „mutiger Befreiungsschlag“ nötig. Das jedenfalls meint die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. In einem „Sondermemorandum“ haben die „linken“ Ökonomen Rudolf Hickel und Heinz-Josef Bontrup ein „Sieben-Punkte-Programm“ formuliert, das den „Weg zu einer langfristigen Vollendung einer ökologisch und sozial verantwortlichen Wirtschafts- und Währungsunion weisen“ soll. Ende März wollen die Regierungen der Europäischen Union über Konsequenzen aus der verheerenden Finanzkrise entscheiden. Auf dem EUGipfel geht es zum einen um die Frage, ob und in welchem Umfang der Rettungsfonds für angeschlagene Eurostaaten aufgestockt werden soll. Darüber hinaus steht der vom französischen Präsident Nicolas Sarkozy und Bundeskanzlerin Angela Merkel vorgeschlagene „Pakt für Wettbewerb“ zur Debatte, der auf eine engere Koordination der Wirtschafts- und Finanzpolitik zielt und unter anderem die Einrichtung von Schuldenbremsen nach deutschem Vorbild fordert.

## Massive Fehlkonstruktion

Diese Ideen gehen der Memo-Gruppe entweder nicht weit genug oder in die falsche Richtung. Der Euro befinde sich in einer existenzbedrohenden Krise. Sie sei „im Kern“ aber nicht auf „heutiges Fehlverhalten einzelner Mitgliedsländer“ zurückzuführen, sondern „auf massive Fehlkonstruktion“ des Maastricht-Regelwerks, das die realwirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern nicht berücksichtige. Um die „tieferen Ursachen“ der Krise zu bekämpfen, halten die Autoren unter anderem eine Umverteilung zugunsten der Masseneinkommen und des Staats sowie die Bändigung der Finanzmärkte für erforderlich.

Im Einzelnen besteht das „Sieben-Punkte-Programm“ aus folgenden Elementen: Erstens ist der Rettungsfonds aufzustocken. Notleidenden Ländern sollte es gestattet werden, hochverzinsten Staatsanleihen aufzukaufen und sich mit niedriger verzinsten Wertpapieren aus dem Fonds gegenzufinanzieren.

## Für einen Teilverzicht der Gläubiger

Zweitens schlägt die Arbeitsgruppe die Einführung von Eurobonds vor. Sie hätten unter anderem den Vorteil, Spekulanten die Möglichkeit zu nehmen, die Zinssätze notleidender Staaten nach oben zu treiben. Das Risiko, dass Staaten die Konsolidierung ihrer Haushalte vernachlässigten, sei mittels Auflagen beherrschbar. Die Memo-Gruppe plädiert drittens dafür, durch einen Teilverzicht die bisherigen Gläubiger in das Sanierungskonzept insolventer Ländern einzubeziehen.

Viertens soll ein europäischer Währungsfonds gegründet werden, der nicht nur Rettungsaktionen organisiert, sondern auch außenwirtschaftliche Ungleichgewichte angeht. Fünftens kritisieren die Autoren die verschuldeten Staaten auferlegten Sparprogramme und fordern eine „koordinierte expansive Finanzpolitik“ sowie ein öffentliches Investitionsprogramm in der EU. Sechstens müssten die wichtigsten Steuern harmonisiert und eine Finanztransaktionssteuer durchgesetzt werden. Und schließlich sei als langfristiges Ziel eine EU-Wirtschaftsregierung erforderlich, die einen „alternativen, solidarischen Entwicklungsweg“ verfolgt.

Printausgabe und online:

<http://www.fr-online.de/wirtschaft/fuer-eine-expansive-finanzpolitik/-/1472780/7219948/-/index.html>

# ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

**Süddeutsche Zeitung** vom 23.2.2011

Die gute Transferunion

Alternative Ökonomen fordern mehr Unterstützung für Krisenländer

Berlin – So weit hat es die Wirtschafts- und Finanzkrise gebracht: Die wahren Freunde der europäischen Sache finden sich heutzutage in der Arbeitsgruppe 'Alternative Wirtschaftspolitik', während die selbsternannte Europapartei CDU borniert auf nationale Interessen schießt. So jedenfalls sieht es Rudolf Hickel, Bremer Wirtschaftsprofessor und Mitglied des Bündnisses von links-orientierten Ökonomen. Und weil das so ist, hat die Arbeitsgruppe einen Sieben-Punkte-Plan vorgelegt, mit dem die Finanzkrise in der Euro-Zone überwunden werden kann. Die zentrale Botschaft des Papiers lautet frei übersetzt: Deutschland muss den anderen Staaten wieder auf die Beine helfen und zwar schnell.

Dazu schlugen Hickel und sein Gelsenkirchener Fachkollege Heinz-Josef Bontrup am Dienstag in Berlin vor, die Transfers in der Euro-Zone auszubauen, also den Finanzausgleich unter den reichen und ärmeren Ländern der Gemeinschaft.

Zunächst geht es nach ihren Worten darum, die Krise in den Griff zu kriegen. Dafür müsse die Bundesregierung ihre abwehrende Haltung aufgeben gegen gemeinsam von der ganzen Euro-Zone herausgegebene Anleihen. 'Transferunion – ich kann an dem Begriff nichts Schlechtes finden', betonte Hickel. Diese Euro-Bonds setzten den Mechanismus außer Kraft, der den in Finanznöte geratenen Ländern wie Griechenland, Irland, Portugal und Spanien derzeit besonders zusetze. Weil die Banken Zweifel an ihrer Finanzkraft haben, müssen diese Länder hohe Zinsen zahlen, wenn sie neue Schulden aufnehmen. Erfolgt die Schuldenaufnahme über Euro-Bonds, stehen dahinter auch solvente Länder wie die Bundesrepublik oder Frankreich, und die Kreditzinsen fallen entsprechend niedriger aus. Zudem müsse die Klausel des Maastrichter Vertrags aufgegeben werden, nach der es den anderen Euro-Staaten verboten ist, angeschlagene Länder direkt zu unterstützen. 'Wir bekennen uns zum Ausbau der Wirtschaftsunion', sagte Hickel weiter. Deutschland müsse vor allem beim Abbau des Handelsüberschusses seinen Beitrag leisten. Der fiel nach Bontrups Worten vor allem für die Arbeitnehmer recht angenehm aus, nämlich durch höhere Löhne, mit denen die Binnenwirtschaft angekurbelt werden könnte.

Printausgabe und online:

<http://www.sueddeutsche.de/v5d38H/3922467/Die-gute-Transferunion.html>

---

# ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

**Der Tagesspiegel** vom 23.2.2011

Von Carsten Kloth  
Sieben-Punkte-Programm  
Linke Ökonomen wollen Euro retten

Euroland in der Krise – aber welcher Weg führt heraus? Mit einem Sieben-Punkte-Programm zur Wirtschafts- und Währungsunion will die "Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik" die Richtung aufzeigen.

"Es wird derzeit nur an den Symptomen der Krise herumgedoktert! Die eigentlichen Ursachen der Krise werden ausgeblendet! Wenn die Auseinanderentwicklung in Europa, die beispielsweise durch die massiven Exportüberschüsse im Euroraum vorangetrieben worden ist, nicht beendet wird, ist die Existenz des Euro akut bedroht", warnt Professor Rudolf Hickel von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Die Gruppe sieht sich als Gegengewicht zur aus ihrer Sicht einseitig kapitalorientierten Position der Unternehmensverbände und der Bundesregierung. Um Euroland aus der Krise zu führen, haben die Ökonomen Rudolf Hickel und Heinz-Josef Bontrup ein Sondermemorandum veröffentlicht, "mit dem das Auseinanderbrechen des Eurolandes verhindert und vor allem den Spekulanten das Handwerk gelegt" werden soll.

Ihrer Analyse zufolge befindet sich die europäische Währung in einer existenzbedrohlichen Krise. Die ökonomischen und sozialen Unterschiede in der europäischen Union seien in den letzten zwölf Jahren nicht kleiner geworden. Nun würden sich Spekulanten auf die Risiken konzentrieren, die sich aus den Finanzierungsnöten einzelner Länder ergeben. Einzelne Länder ständen nun vor unlösbaren Problemen – zu ihrer Lösung sei europäische Solidarität gefordert.

Konkret schlagen die Wissenschaftler vor:

1. Euro-Rettungsschirm ausbauen
2. Eurobonds zur finanziellen Stabilisierung
3. Schuldenschnitt durch Gläubigerbeteiligung
4. EZB-Anleihekäufe fortsetzen und Gründung eines Europäischen Währungsfonds
5. Qualitatives Wirtschaftswachstum statt Schrumpfpolitik
6. Mehr öffentliche Einnahmen und Harmonisierung europäischer Unternehmensbesteuerung
7. Auf dem Weg zu einer Wirtschaftsregierung – einen alternativen, solidarischen Entwicklungsweg durchsetzen

Auf dem EU-Gipfel im März wollen die Staats- und Regierungschefs des Euroraums über Konsequenzen aus der Finanzkrise entscheiden. Dabei geht es auch um die Frage, ob und in welchem Umfang der Rettungsfonds für angeschlagene Eurostaaten aufgestockt werden soll.

Prof. Heinz-J. Bontrup betont: "Der Euro lohnt sich politisch und ökonomisch. Wir brauchen ein Programm zur Sicherung und zum Ausbau der Eurowährung. Damit erhalten wir einen zentralen Bereich einer handlungsfähigen politischen Union." In der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik ("Memorandum-Gruppe" oder "Memo-Gruppe") arbeiten linke Wirtschaftswissenschaftler und Gewerkschafter an der Entwicklung wirtschaftspolitischer Vorschläge und Perspektiven.

Printausgabe und online:

[http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/linke-oekonomen-wollen-euro-retten/v\\_print,3870278.html](http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/linke-oekonomen-wollen-euro-retten/v_print,3870278.html)

# ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

**taz** vom 23.2.2011

WIE DER EURO GERETTET WERDEN KANN

Abschied von der Schrumpfpolitik

Alternative Ökonomen legen einen Plan zur Euro-Rettung vor. Ein Gegenentwurf zu Merkels 6-Punkte-Plan. Sie wollen lieber eine besondere Banker-Spezies bändigen.

Nicola Liebert

BERLIN *taz* | Das Auseinanderbrechen des Eurolandes verhindern, lautet das Ziel der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Am Dienstag legten die Ökonomen um die Wirtschaftsprofessoren Rudolf Hickel und Heinz Bontrup deshalb ein Sondermemorandum zur Eurokrise vor.

Es ist in jeder Hinsicht ein Gegenentwurf zu dem von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf dem jüngsten EU-Gipfel vorgelegten 6-Punkte-Plan zur Eurorettung: Es stellt ihrer Idee, allen Staaten das neoklassische deutsche Modell des Sparens und Sozialabbaus überzustülpen, die Alternative entgegen, die Haushaltsprobleme über mehr Solidarität der reichen Länder, mehr Staatseinnahmen und eine europäische Wirtschaftsregierung zu lösen. Die Merkel-Forderungen nach einer Schuldenbremse, der Abschaffung der Lohnanpassung an die Inflation und einem höheren Rentenalter gehen für die alternativen Ökonomen in eine völlig falsche Richtung. Sie setzen dieser Politik des Gürtelenger-Schnallens ein 7-Punkte-Programm entgegen, das eine Bändigung der Spekulanten und Solidarität mit den Krisenländern fordert.

Hickel: "Existenz des Euro akut bedroht"

Aus eigener Kraft könnten diese ihre Probleme nicht mehr lösen. "Wenn die Auseinanderentwicklung in Europa, die durch die massiven Exportüberschüsse im Euroraum vorangetrieben worden ist, nicht beendet wird, ist die Existenz des Euro akut bedroht", lautet Hickels Warnung.

Der Plan sieht zunächst einmal den Ausbau des Euro-Rettungsschirms und mittelfristig die Gründung eines Europäischen Währungsfonds vor. Um zu verhindern, dass die Krisenstaaten hohe Risikoaufschläge auf ihre Staatsanleihen zahlen müssen, soll die EU sogenannte Eurobonds ausgeben. Überdies sei ein teilweiser Schuldenerlass unvermeidbar, zu dem dann die Gläubiger auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten müssten.

Zu den wirtschaftspolitischen Empfehlungen gehört der Abschied von der "Schrumpfpolitik", die die betroffenen Länder in eine anhaltende Depression zwingt. Anstelle immer weiterer Einsparungen sollen die Einnahmen erhöht werden, etwa durch die europaweite Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung. Und schließlich müsse die Eurozone anfangen, auf eine gemeinsame Wirtschaftsregierung hinzuarbeiten. Ziel müsse die "Schaffung einer ökologisch verantwortlichen Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialunion" sein.

EEAG: Länder wie Griechenland aus der EU werfen

Ebenfalls gestern publizierte auch eine konservativere Gruppe europäischer Wirtschaftswissenschaftler, die Europäische Wirtschaftsberatergruppe EEAG um den ifo-Institutschef Hans-Werner Sinn, eigene Vorschläge zur Lösung der Eurokrise. Deren Plan sieht als letzten Schritt ein Insolvenzverfahren für überschuldete Staaten vor. Denn langsam sei es nicht mehr zu leugnen, dass Griechenland trotz der EU-Hilfen und trotz seines brutalen Sparkurses seine Schulden wohl nicht zurückzahlen können. Die EEAG sieht dabei den Ausschluss von Krisenländern aus der Eurozone als Option an – ganz anders als die Memorandumsgruppe, die sich für den Erhalt der Währungsunion starkmacht. Denn wenn die Union auseinanderbräche, würde das die Rückkehr zu der Vorherrschaft der D-Mark und der stramm auf Sparkurs getrimmten Deutschen Bun-

# ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

desbank bedeuten. Und für die alternativen Ökonomen ist das keine schöne Aussicht für Europa.

Printausgabe und online:

<http://www.taz.de/1/zukunft/wirtschaft/artikel/1/abschied-von-der-schrumpfpolitik/>

---

# ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

**Dow Jones Deutschland** vom 22.2.2011

Andreas Kißler

Alternative Wirtschaftsexperten wollen Sofortprogramm für Euro  
BERLIN (Dow Jones)--Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik hat am Dienstag zur Festigung des Euro umfassende Maßnahmen für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion verlangt. (Foto: ddp)

„Der Euro ist trotz der aktuellen Widrigkeiten ökonomisch und politisch eine zentrale Säule der monetären Integration innerhalb einer Wirtschafts- und Währungsunion“, erklärte die Gruppe, in der nach eigener Darstellung Ökonomen und Gewerkschafter an der Entwicklung wirtschaftspolitischer Vorschläge und Perspektiven arbeiten. Mit einem in Berlin vorgelegten Sofortprogramm solle „das Auseinanderbrechen des Eurolandes verhindert und vor allem den Spekulanten das Handwerk gelegt“ werden. Darin forderte die Arbeitsgruppe einen Ausbau des Euro-Rettungsschirms, die Begebung von Euro-bonds zur finanziellen Stabilisierung, einen Schuldenschnitt durch Gläubigerbeteiligung und die Fortsetzung von Anleihekäufen durch die Europäische Zentralbank sowie die Gründung eines Europäischen Währungsfonds. Das Programm solle „als Brücke zu einer zu vollendenden Währungsunion zusammen mit einer wirtschaftlichen und fiskalischen Integration“ genutzt werden, erklärten die Experten. Sie sprachen sich auch „für ein qualitatives Wirtschaftswachstum statt Schrumpfpolitik“ aus, mehr öffentliche Einnahmen und eine Harmonisierung der europäischen Unternehmensbesteuerung sowie Maßnahmen zur „Schaffung einer ökologisch verantwortlichen Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialunion“.

---

# ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

**Nordwest-Zeitung** vom 23.2.2011

Experten warnen vor Pleite Griechenlands

Hans-Werner Sinn und Rudolf Hickel präsentieren völlig gegensätzliche Lösungsansätze

Die Situation in Südeuropa verschärft sich offenbar weiter. In der Frage der Bekämpfung der Schuldenkrise sind sich die Experten nicht einig.

DPA

MÜNCHEN – Der europäische Sachverständigenrat EEAG befürchtet eine drohende Pleite Griechenlands. Das hoch verschuldete Land könnte spätestens 2013 neue Rettungshilfen brauchen, warnt die Gruppe von Ökonomen um den Präsidenten des Münchner Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, in ihrem Bericht, der der „Süddeutschen Zeitung“ vorliegt.

Der eingeschlagene Sparkurs in Griechenland reiche nicht aus, heißt es in dem EEAG-Bericht. Trotz des harten Sparprogramms wächst der Schuldenberg Griechenlands. Er wird bald 160 Prozent der Wirtschaftsleistung übersteigen. Aus diesem Grund hofft Athen auf eine Streckung der Zahlungsfristen. Zudem wird hinter vorgehaltener Hand über eine Umschuldung gesprochen. Die Regierung in Athen betont jedoch immer wieder, Griechenland werde „jeden Cent“ zurückzahlen. Doch laut Sachverständigenrat reichten die Einschnitte noch immer nicht aus. Das Gremium empfiehlt als Option gar den Ausschluss des Landes aus der Euro-Zone. Wolle die EU ihr Rettungspaket nicht mit jahrelangen Transfers ausdehnen, blieben neben einem Schulden-Moratorium nur zwei Lösungen: Die Rückkehr des Landes zur alten Währung Drachme oder eine beispiellose Radikalkur, die auch niedrigere Löhne auf breiter Front einschließe.

Rückkehr zur Drachme

Unterdessen hat die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik um den Bremer Professor Rudolf Hickel in Berlin ein Sieben-Punkte-Programm vorgelegt. Zu den vorgeschlagenen Lösungen im Kampf gegen die Krise zählen u.a.: Eine Ausweitung des Euro-Rettungsschirms, um Spekulanten abzuwehren. Euro-Bonds zur finanziellen Stabilisierung. Schuldenschnitt durch Beteiligung der Gläubiger bei der Sanierung. Schaffung eines Europäischen Währungsfonds (EWF) als Ergänzung zur Europäischen Zentralbank (Letztere soll sich nicht nur um Geldwertstabilität, sondern auch um Wachstum kümmern). Statt Schrumpfpolitik wie bei den Konzepten der Sinn-Gruppe werden eine expansive Finanzpolitik und ein öffentliches Investitionsprogramm gefordert.

<http://www.nwzonline.de/Aktuelles/Politik/Nachrichten/NWZ/Artikel/2546711/Expertenwarnen-vor-Pleite-Griechenlands.html>

# ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

**Der Standard** (Österreich) vom 22.2.2011

## KEINE ALTERNATIVE

Experten legen Griechen Euro-Austritt nahe

Die Alternative wären sinkende Löhne auf breiter Front -  
Dauerhafte Transferleistungen seien jedenfalls "keine  
Lösung"

Brüssel/Berlin – Abkehr vom Euro oder stark sinkende Löhne: Der europäische Sachverständigenrat EEAG schlägt dem von einer Staatspleite bedrohten Griechenland eine Radikalkur vor. "Es gibt nur die Wahl zwischen diesen beiden Übeln", schrieben die Experten um Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn in ihrem am Dienstag in Brüssel vorgestellten Bericht. "Eine dritte Alternative – anhaltende Transferleistungen der Europäischen Union – stellt keine brauchbare Lösung dar."

Trotz des harten Sparkurses trauen die Sachverständigen aus sieben Staaten dem hoch verschuldeten Land nicht zu, sich aus eigener Kraft zu sanieren. Spätestens 2013 werde Griechenland neue Rettungshilfen benötigen, wenn das 110 Mrd. Euro schwere Hilfspaket von EU-Kommission und Internationalem Währungsfonds ausläuft. Sie schlagen daher vor, dass Griechenland entweder aus der Währungsunion austritt und die Drachme wieder einführt – oder Löhne und Preise auf breiter Front drastisch senkt. "Beides verursacht riesige Kosten und wird nicht rasch wirken", räumen die Experten ein. Kehrt Griechenland zur Drachme zurück, würde die Währung abgewertet, was die Exporte verbilligt und die Wettbewerbsfähigkeit erhöhe. Da die Auslandsschulden aber in Euro bezahlt werden müssen, würde die Schuldenlast sogar noch anschwellen. Auch könne dies einen Ansturm auf die Bank-Guthaben und am Ende eine Währungskrise auslösen. Eine "interne Abwertung" durch Lohneschnitte "kann vermutlich nicht ohne schmerzhaft und anhaltende Schrumpfung der Wirtschaft und eine höhere Arbeitslosigkeit" ablaufen.

Um den Griechen das zu ersparen, bleibt nach Meinung der Sachverständigen nur ein dauerhafter Geldtransfer aus den anderen Euro-Ländern als Alternative übrig. Davon halten sie aber wenig, weil das keinerlei Anreiz biete, die strukturellen Probleme zu lösen und die Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen. "Das zeigt die negative Erfahrungen mit den Transfers nach Ostdeutschland in den vergangenen 20 Jahren."

## Sparen

Die Regierung in Athen hat harte Sparprogramme aufgelegt, um das Staatsdefizit zu senken – von Steuererhöhungen über sinkende Löhne für Staatsbediensteten bis hin zu niedrigeren Renten. Doch das alles werde nicht ausreichen, um den Schuldenberg wieder abzutragen, befürchten die Sachverständigen.

Ähnlich sieht das der Chef der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Thomas Mirow. "Es ist zu bezweifeln, dass Griechenland eine Schuldenquote von mehr als 150 Prozent dauerhaft tragen kann", sagte Mirow der "Süddeutschen Zeitung". Die Märkte würden eine Umschuldung schon seit längerem einpreisen. "Damit das Land seine Probleme überwinden kann, sollte die Quote auf 100 Prozent gesenkt werden", sagte Mirow. Demnach müsste der Schuldenerlass womöglich sogar höher ausfallen als 30 Prozent.

Auch die Alternative Arbeitsgruppe Wirtschaftspolitik hält einen Schuldenschnitt für unumgänglich, bei dem die Gläubiger von hoch verschuldeten Ländern auf viel Geld verzichten müssten. "Wir brauchen ein Programm zur Sicherung und zum Ausbau der Euro-Währung", erklärten die Experten um die Professoren Heinz Bontrup und Rudolf Hickel. Sie fordern außerdem einen größeren Euro-Rettungsschirm, die Ausgabe von

# ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Eurobonds, einen Europäischen Währungsfonds und eine Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung in Europa.

<http://derstandard.at/1297818652653/Keine-Alternative-Experten-legen-Griechen-Euro-Austritt-nahe>

---

# ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

**Verbände Forum** vom 22.2.2011

„Alternative Wirtschaftspolitik“ würde Deutschland und Europa massiv schwächen

Albrecht von der Hagen: Wer über seine Verhältnisse lebt, muss mal anfangen zu sparen

(Berlin) – DIE FAMILIENUNTERNEHMER kritisieren die heute (22. Februar 2011) von der Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik“ vorgelegten Vorschläge zu Bewältigung der Euro-Krise. „Die Wissenschaftler wollen Binnennachfrage durch öffentliche Ausgabenprogramme ankurbeln: Das heißt noch mehr Schulden! Diese kurzsichtige Politik hat mit zum Schuldenmarathon in Athen und anderen europäischen Hauptstädten geführt und ist die Hauptursache der Euro-Krise. Auch die Forderung, die Rettungsschirme noch weiter zu vergrößern und Euro-Bonds einzuführen, ist geradezu eine Einladung für Regierungen, sich weiter um eine solide Haushaltspolitik herumzudrücken, weil der Rest der Europäer mitzahlen muss. Erstaunlich ist auf dem Forderungskatalog die sinnvolle Forderung nach einer Gläubigerbeteiligung. Sie macht Sinn. Wenn danach allerdings das Schuldenmachen lustig weiter geht, ist weder für die Schuldnerländer noch den Euro und seine Partnerländer etwas gewonnen. Diese Rezepte sind in der Eurokrise völlig untauglich, weil sie unsolid sind. Zuerst müssen die Umschuldung und die Rückkehr zu einer soliden Politik durchgesetzt werden, dann erst können Krisenmechanismen einsetzen“, forderte Albrecht von der Hagen, Hauptgeschäftsführer von DIE FAMILIENUNTERNEHMER.

<http://www.verbaende.com/News.php4?m=75316>

---

# ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

## Weitere Meldungen

<http://de.reuters.com/article/topNews/idDEBEE71L0CB20110222>

<http://www.blaetter.de/aktuell/dokumente/euroland-in-der-krise-ein-sieben-punkte-programm-zur-wirtschafts-und-waehrungsunion>

<http://baustellen-der-globalisierung.blogspot.com/2011/02/sondermemo-fordert-europaische.html>

[http://www.wirtschaftsblatt.at/home/international/wirtschaftspolitik/spaetestens-2013-wird-griechenland-neue-rettungshilfen-benoetigen-460304/index.do?\\_vl\\_backlink=/home/index.do&\\_vl\\_pos=2.2.DT](http://www.wirtschaftsblatt.at/home/international/wirtschaftspolitik/spaetestens-2013-wird-griechenland-neue-rettungshilfen-benoetigen-460304/index.do?_vl_backlink=/home/index.do&_vl_pos=2.2.DT)

[http://www.krone.at/Nachrichten/Experten\\_raten\\_Griechenland\\_zu\\_Abkehr\\_vom\\_Euro-Schulden\\_erdrueckend-StoryDrucken-247313](http://www.krone.at/Nachrichten/Experten_raten_Griechenland_zu_Abkehr_vom_Euro-Schulden_erdrueckend-StoryDrucken-247313)

<http://www.ndr.de/info/programm/sendungen/wirtschaftslexikon173.html>

<http://detektor.fm/wirtschaft/die-rettung-der-eurozone-bremer-ekonomen-stellen-7-punkte-plan-vor/>

<http://news-de.karameloo.com/wirtschaft/linke-okonomen-wollen-euro-retten.html>

[http://www.newswire.de/Artikel/LinkeOekonomen\\_Euro\\_a6049667.html](http://www.newswire.de/Artikel/LinkeOekonomen_Euro_a6049667.html)